

# Sahnbrecher auf dem Wege zum Zollfrieden

Der Abschluss des Vorvertrages über die deutsch-österreichische Zollunion, zu dem bei dem Besuche des Ministers Dr. Curtius in Wien der Grund gelegt worden war, ist den Regierungen in Paris, London und Rom amtlich mitgeteilt worden. Damit ist die Zollunion selbst zwar noch nicht verwirklicht, aber doch der erste Schritt getan, sie zustandezubringen und die Umwelt davon zu überzeugen, daß dieses Ereignis eine erste Etappe auf dem Wege zum Zollfrieden in Europa überhaupt sein soll.

Der Vertrag, der zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung abgeschlossen ist, wird in der Diplomatensprache ein *Factum de contrahente* genannt, d. h. in ihm sind die Grundzüge des eigentlichen Vertrages vereinbart, der nunmehr Gegenstand weiterer Verhandlungen sein und die Einzelheiten der Zollunion regeln soll.

Gleichzeitig haben die beiden Regierungen sich verpflichtet, mit jedem anderen Lande über eine gleiche Vereinbarung zu verhandeln, wenn es den Wunsch dazu äußert.

Die Bemühungen um die Schaffung eines einheitlichen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes gehen bis in die Kriegszeit zurück. Freilich sind gegenüber der damaligen Zeit heute die Verhältnisse grundlegend geändert, vor allem deshalb, weil die alte österreichisch-ungarische Monarchie verschwunden und an ihrer Stelle nur das Land Deutsch-Österreich als Verhandlungspartner übrig geblieben ist. Was jetzt die beiden Länder zusammengeführt hat, ist die gemeinsame Erkenntnis, daß der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft nicht gelingen kann, wenn sich die Nationen durch immer höhere Zollmauern und immer lästiger Handelshemmnisse voneinander abschließen.

Nur in großen Wirtschaftsräumen, in denen dem Austausch von Gütern und Leistungen keine willkürlichen Hindernisse entgegenstehen, kann der Versuch, das Siedebad der Wirtschaft zu überwinden, mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden.

Keinliche Gedankengänge haben wohl auch dem Briand'schen Europamemorandum vom Sommer vorigen Jahres zugrunde gelegen, und was Deutschland und Oesterreich jetzt vereinbart haben, ist gewissermaßen die erste Probe aufs Exempel, der erste Versuch, die wirtschaftliche Organisation Europas in einem bestimmten Räume zu verwirklichen. Beide Teile legen mit Recht großes Gewicht auf die Feststellung, daß sie sich nur zu wirtschaftlichem Zusammengehen gefunden haben, daß sie nicht daran denken, der Zollunion eine politische Spitze geben zu wollen, obwohl natürlich keinem von ihnen verboten werden kann, den Wunsch nach einem späteren politischen Zusammenschluß ebenso wie bisher im Herzen zu tragen und auf seine Erfüllung zu hoffen, wenn die Zeit politisch dafür reif ist. — Aber vorerst steht dieses Thema nicht zur Erörterung, der neue Vertrag ist so sehr rein wirtschaftlicher Art, daß, wie auch den fremden Regierungen mitgeteilt wurde, der Anschluß jedes anderen Staates nicht nur möglich, sondern sogar erwünscht ist.

Wie soll nun die künftige Zollunion aussehen?

Beide Länder wollen an ihren Grenzen die Zölle auch in Zukunft kraft eigenen Rechtes erheben, aber nur nach einem einheitlichen Zollgesetz und Zolltarif.

Jede Änderung dieser Tarife bedarf eines gemeinsamen Beschlusses der beiden Staaten, ebenso wie praktische auch Handelsvertragsverhandlungen künftig nur in gegenseitiger Verständigung geführt werden können. Die sehr beiden Ländern die rechtliche Unabhängigkeit gewahrt bleiben soll, geht hervor, daß alle Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrages oder über seine Ausführung sowie über Einzelheiten bei Handelsvertragsverhandlungen einem Schiedsgericht unterbreitet werden sollen.

Die Zollunion bedingt, daß grundsätzlich die bisherige Zollgrenze zwischen den beiden Ländern verschwinden soll.

So daß also ein einheitliches Wirtschaftsgebiet hergestellt wird. Aber schon im Vorvertrage selbst ist vorgeesehen, daß für eine Ubergangszeit von 3 bis 5 Jahren für einige Waren Zwischenzölle bestehen bleiben, um den Unterschied der Produktionskosten diesseits und jenseits der Grenze auszugleichen. Wenn diese Bestimmungen, wie vielleicht befürchtet werden muß, in dem endgültigen Vertrag eine weitgehende Auslegung fände, würde das Ergebnis die Früchte der Zollunion tatsächlich bis zu einem gewissen Grade wieder aufheben; es liefe beinahe auf dasselbe hinaus, wie wenn beide Länder einen Meistbegünstigungsvertrag mit Vorzugszöllen vereinbart hätten. Man darf aber schon heute die Hoffnung aussprechen, daß diese handelspolitische Gefahr auf beiden Seiten gebührend gewürdigt und deshalb die Zwischenzölle wirklich auf das Mindestmaß beschränkt werden, was vertretbar ist.

Der Vertrag über die Zollunion soll zunächst auf drei Jahre abgeschlossen werden, dann soll er mit einjähriger Frist kündbar sein. Nach der Ubergangszeit zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet technisch einige Schwierigkeiten bereiten wird, liegt auf der Hand; beide Länder müssen sich über die Ausgleichsmaßnahmen verständigen, sie müssen die Hüben und drüben

bestehenden Monopole berücksichtigen (in Oesterreich Tabakmonopol, in Deutschland Branntwein- und Zündholzmonopol), sie müssen die inneren Verbrauchsabgaben mit den neuen Zöllen in Uebereinstimmung bringen und, soweit auf diesen internationale Beschränkungen liegen, (in Deutschland wegen der Dawesanleihe, in Oesterreich wegen der Balfouranleihe) auch mit den Zurechenern dieser Anleihen verhandeln. Dies alles bedeutet, daß der eigentliche Zollunionsvertrag noch mehrmonatiger Einzelverhandlungen bedarf und wahrscheinlich ein sehr umfangreiches Dokument werden wird.

Das Wichtigste ist jetzt, daß für den ersten Schritt zum europäischen Zollfrieden, den

Deutschland und Oesterreich getan haben, auch die Außenwelt das nötige Verständnis aufbringt.

Gewiß ist die Zollunion ein fähiger Vorstoß in unbekanntes Gelände, aber sie ist zugleich ein Beweis dafür, daß an einer Stelle mit dem Gedanken der europäischen Solidarität Ernst gemacht wird. Bleiben Deutschland und Oesterreich allein, dann ist der Wirtschaft Europas nicht viel gebiet. Ein fühlbarer Fortschritt wird erst dann erreicht sein, wenn man in Paris und London nicht politisch mit lauren Klönen reagiert, sondern entschlossen daran mitarbeitet, daß aus der deutsch-österreichischen Zollunion der europäische Zollfriede werde.

## Nicht bange machen lassen! Wir sind auf dem rechten Wege!

### Aufklärungs-Unterricht

Außenminister Dr. Curtius hat im Laufe des gestrigen Tages die Postkoffer von Frankreich, England und Italien empfangen, um sie über die politische Bedeutung der deutsch-österreichischen Zollunion genau zu informieren, nachdem in den ausländischen Hauptstädten die gleiche Information durch uns und die österreichischen diplomatischen Vertreter bereits geschehen ist.

### Sturm, der sich legen wird

Im französischen Ministerrat hat am Montagvormittag Außenminister Briand eine Erklärung zur außenpolitischen Lage im Zusammenhang mit dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsvertrag abgegeben. Der amtlichen Mitteilung zufolge „hat der Ministerrat die Initiative vollkommen gebilligt, die vom ersten Augenblick an ergriffen worden ist, um sich mit den interessierten Mächten über den Schluß der Verträge und Abmachungen zu verständigen“.

Von unterrichteter Seite wird ergänzend mitgeteilt, daß der Inhalt der amtlichen Mitteilung ein energisches Vorgehen Frankreichs erwarten lasse, falls es sich herausstellen sollte, daß die bestehenden Verträge und Bestimmungen durch das deutsch-österreichische Zollabkommen verletzt würden. Vorläufig handelt es sich bei der französischen Initiative nur darum, Aufklärung über diesen Punkt zu schaffen.

### Französische Presseheize

Abgesehen vom sozialistischen „Populaire“, der sich zum Verteidiger des deutsch-österreichischen Abkommens macht, setzt die gesamte französische Presse ihren Kampf fort und fordert die französische Regierung auf, energisch durchzugreifen, ehe es zu spät sei. Selbst alle linksgerichteten Blätter, wie das „Deuore“, solidarisieren sich

### Eine Torheit war das Anschlußverbot

Der den englischen Regierungskreisen nahe stehende „Daily Herald“ sagt in einem Leitartikel, daß die österreichische und die deutsche Regierung mit der Ankündigung der beabsichtigten Zollvereinbarung eine Bombe in das diplomatische Europa geworfen hätten. Man verstehe den Wunsch nach einem inneren Zusammenschluß zwischen den vielen Deutschen, die in Oesterreich leben, und der großen Masse im Deutschen Reich selbst, und habe in England volle Sympathie dafür. Die Klausel in dem Vertrage von Saint Germain, die den politischen Anschluß verbiete, sei eine der größten Torheiten derjenigen, die den Frieden im Jahre 1919 gemacht hätten. Die nervösen Besorgnisse Frankreichs seien phantastisch. Dr. Curtius und Dr. Schober wären aber angelegentlich der entstandenen Unruhe zu beraten sein, wenn sie noch ein wenig warteten. Man habe nämlich durch die politische und geheimnisvolle Weise, in der das Abkommen abgeschlossen sei, Verdacht erregt.

### Na also!

Bei der Besprechung des deutsch-österreichischen Zollabkommens weist die sozialistische Zeitung „Le Peuple“ darauf hin, daß Belgien eine Zollunion mit dem Großherzogtum Luxemburg abgeschlossen habe. Niemand habe dabei behauptet, daß Luxemburg auf diese Art seine Unabhängigkeit verloren habe. Das deutsch-österreichische Abkommen gehe dabei nicht so weit wie die belgisch-luxemburgische Zollunion.

deutschen Industrie sei, so bilde die industriekritische Bevölkerung in noch viel stärkerem Maße die Abnehmerkraft für die deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Zwischen der Industrie und der Landwirtschaft und den widersprüchlichen Ansprüchen, die beide Gruppen an die Reichsregierung stellen, einen dem Wohle der Weltwirtschaft entsprechenden Ausgleich zu finden, sei eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben der Reichsregierung.

Die Reichsgemeinschaft der Eisen-, Stahl- und Metallwaren-Industrie sahte dann eine Entschädigung, in der eine Erhöhung von Steuern und öffentlichen Lasten als nicht mehr tragbar bezeichnet und eine fühlbare und umfassende Senkung der steuerlichen und sozialen Lasten gefordert wird. Weiter wird verlangt: eine Fortführung der bisherigen bewährten Grundzüge der deutschen Handelspolitik.

### Hindenburg im englischen Rundfunk

Sir Harold Nicolson, der bekannte englische Diplomat, der auch in Deutschland durch ein politisches Buch große Beachtung gefunden hat, sprach im Londoner Rundfunk über den deutschen Reichspräsidenten. Was er über Hindenburg sagte, verdient festgehalten zu werden.

Nicolson rühmte Hindenburg als Muster an Pflichttreue und Ehrenhaftigkeit. Da Nicolson im englischen Schulfunk über den deutschen Präsidenten sprach, hörte die glänzende Charakterisierung Hindenburgs ein großer Teil der englischen Schulkinder.

Man muß sich erinnern, daß es bisher nicht üblich war, in ausländischen Sendern ein Preisgeld auf ein fremdes Staatsoberhaupt zu hören. Es ehrt den englischen Rundfunk, daß er vorurteilslos genug war, die Verdienste und die rühmlichen Eigenschaften eines fremden Staatsoberhauptes vor dem breitesten Auditorium, das möglich ist, gebührend hervorzuheben.

### Schweigen ist auch eine Antwort!

Die französische Presse hat noch niemals einen politischen Vorgang so einheitlich und beharrlich totgeschwiegen, wie die amtliche Aktienpublikation zur Kriegsschuldfrage in der Zeitschrift „L'Europe Nouvelle“ (von uns in der letzten Sonntagsnummer veröffentlicht). Trotzdem oder vielmehr gerade darum kann festgehalten werden, daß die Verschweigung auch auf die französischen Rechtskreise geradezu niederstürmend und atemberaubend gewirkt hat. Hauptächlich beschäftigt man sich mit der Frage, was das auswärtige Amt gerade in diesem Augenblick zu diesen als Angriff gegen die Rechte gewerteten Maßnahmen veranlaßt haben könnte. In Briand'schen Kreisen meint man, daß nur innerpolitische Erwägungen möglich und genügend stichhaltig seien. Die Beweisführung ist dabei etwa folgende:

Briand habe sich gegen die Bedränger Luft geschaffen und seine persönliche Stellung gegenüber dem Kriegsminister Maginot stärken wollen.

Sowohl der Außenminister selbst wie Verhelot seien persönliche Freunde Poincarés, während Maginot dem ehemaligen Ministerpräsidenten sehr nahe stehe und stets auf dem Standpunkt der poincaristischen Außenpolitik verblieben sei. Nun habe man gerade Maginot als Präsidentschaftskandidaten der Rechten vielfach in den Vordergrund gehoben und gegen Briand anspielen wollen. Ebenso sei die äußerste Rechte bestrebt gewesen, einen direkten und intimsten Vertrauensmann des Außenministers, den augenblicklichen Leiter des „Journal officiel“, Peneleon, in dieser Woche vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu laden. Gleichzeitig hätten die führenden Persönlichkeiten dieses Ausschusses, Marin und Mandel, recht deutlich zu verstehen gegeben, daß sie diese Gelegenheit benutzen wollten, um Briand durch das Verdrängen seines Feindes in starke Verlegenheit zu bringen. Die Antwort Briands sei nun vernehmlich die bewusste Aktienpublikation, die die französischen Rechtskreise natürlich schwer treffen müsse. Von linker Seite habe man die Absicht, eine Art Wahlartikell für die Präsidentschaft zu bilden, wobei man angeblich daran denke, die Kandidatur Briands gegen die Rechte zu stützen. Wichtig ist und bleibt für Deutschland die Tatsache, daß der Kreis der unentwegten französischen Chauvinisten den Enthaltungen über die Kriegsschuldfrage vollkommen hilflos gegenübersteht.

### Ein gutes Geschäft für Amerika

Nach amtlichen Meldungen der Presse ist eine große Sendung von Traktoren, die von der Sowjetregierung in Amerika bestellt wurde, schon in amerikanischen Häfen nach Sowjetrußland verfrachtet worden. Es handelt sich insgesamt um 29 000 Traktoren, die für die russische Landwirtschaft bestimmt sind.

### Wettervorhersage

Weißt (Schwache Winde aus nördlichen Richtungen. Zeitweise stark bewölkt. Neigung zur Nebelbildung, etwas kühl. Vorübergehend leichte Niederschläge.

## Die Landwirtschaft äußert Bedenken Bedingte Zustimmung

Der Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalkreuth, hat ein Schreiben an den Reichsfanzler gerichtet, in dem es heißt:

„Der Reichslandbund ist seit langem für ein solches Abkommen eingetreten und begrüßt es daher als einen Ausdruck der Zusammengehörigkeit beider Länder. Jedoch fehlt jede Erklärung darüber, inwiefern eine Sicherung gegen das Einführen agrarischer Waren anderer Länder über Deutsch-Oesterreich geboten wird.“

Die Gefahr eines „Loches im Süden“ liegt daher sehr nahe.

Sehr bedenklich erscheint uns auch die Erklärung, daß Deutschland bereits bereit sei, mit jeder europäischen Regierung Verhandlungen über gleichartige Regionalverträge aufzunehmen. So müssen wir von vornherein dagegen Einspruch erheben, daß derartige Verträge mit Staaten geschlossen werden, in denen deutsche

Minderheiten unter administrativen Maßnahmen zu leiden haben.

Die meisten der hier wohl in Betracht kommenden anderen europäischen Staaten bedeuten für die heimische Landwirtschaft eine ungleich höhere Konkurrenzgefahr als dies bei Deutsch-Oesterreich der Fall ist.

Wir müssen daher schon jetzt nachdrücklich Verwahrung dagegen einlegen, daß die deutsche Landwirtschaft mit Vertragsverhandlungen mit weiteren europäischen Staaten im Sinne eines zollfreien oder zollbegünstigten Verkehrs, der unsere Autonomie einschränkt, überlastet wird. Wir wiederholen, daß wir eine Zollunion mit Deutsch-Oesterreich auf das wärmste begrüßen, daß wir hieran aber für unsere endgültige Zustimmung die Bedingung knüpfen müssen, daß die Einzelbestimmungen der Zollunion und im Zusammenhang damit die künftige Handhabung unserer sonstigen Zoll- und Handelspolitik jede Konkurrenzgefahr für die heimische Landwirtschaft ausschließen.“

## Industrie und Landwirtschaft sollten eine Vernunftstheorie schließen

Im Verlaufe eines von der Reichsgemeinschaft der Eisen-, Stahl- und Metallwaren-Industrie in Wuppertal veranstalteten Rundgesprächs ergriff auch Staatssekretär Dr. Trendelenburg, der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, das Wort. Er ging eingangs auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung und die Bestrebungen des Kabinetts ein, den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen: Von der Durchführung des Finanzprogramms sei nicht nur die Kreditfähigkeit des Staates und der Wirtschaft abhängig, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Waren gegenüber der Auslandsbezeugung. Der tiefere Sinn der

Wegenüberstellung der Pflege des Innenmarktes mit der Ausfuhrförderung sei ihm nicht recht verständlich. Es könne sich doch nur darum handeln, die deutsche Erzeugung in den Stand zu setzen, mit der ausländischen Ware in erfolgreichem Wettbewerb zu treten.

Nur durch die Steigerung der Produktivität des Landes durch die Wiederherstellung eines vernünftigen Verhältnisses der Selbstkosten zu den Preisen könne man die Gesamtkaufkraft des Landes stärken und damit zugleich der deutschen Erzeugung die sichere Stütze eines gesunden Binnenmarktes geben.

Von dieser Grundbeurteilung aus sei nicht einzusehen, weshalb zwischen den wohlverstandenen Interessen der Industrie und der Landwirtschaft ein Gegenfall bestehen sollte. Beide Wirtschaftskreise seien einander angewiesen. Die Landwirtschaft ein großer Abnehmer der